

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Projekt Internationale Entwicklung /
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.),
Margit Franz, Ingeborg Grau, Irmi Hanak,
Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer,
Kunibert Raffer, Andreas Schedler,
Walter Schicho, Anselm Skuhra

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothermund (Heidelberg),
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse: <http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln  Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, ISBN 3-86099-631-2, Erscheinungsweise: vierteljährlich, Heft 3/2002; XVIII. Jg.
Preis Einzelheft: € 9,90/ sFr 18,30, Preis Jahresabonnement: € 39/ sFr 68,-
Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.
Abonnementsbezug nur für Österreich:
Südwind-Buchwelt Buchhandelsges. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien
Redaktionsadresse:
Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien
E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2002

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien

Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg

Druck: Difo-Druck GmbH, Bamberg, Deutschland

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISSN 0258-2384
ISBN 3-86099-631-2

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVIII. Jg., Heft 3, 2002
Austrian Journal of Development Studies

Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie

Schwerpunktredakteurin: Karin Fischer

Editorial	205
Artikel	
Bernhard Walpen Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan Eine erste Problemskizze	209
Karin Fischer Neoliberale Transformation in Chile Zur Rolle der ökonomischen und intellektuellen Eliten	225
Dieter Plehwe Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt: Der Fall Mexiko	249
Nora Sausmikat Die Intellektuellen und der Staat: Neue Diskursstrategien zu Demokratisierung und politischer Reform in der Volksrepublik China	265
Issa G. Shivji From Liberation to Liberalization Intellectual discourses at the University of Dar es Salaam, Tanzania	281
Rezensionen	295
Über Autoren und Autorinnen	301
Informationen für Autoren und Autorinnen	302

- Pazos, Luis. 1998a. *Fantasma del Neoliberalismo*. Mexico, D.F.: Centro de Investigaciones Sobre la Libre Empresa.
- Pazos, Luis. 1998b. *Peligroso y Mediocre Gradualismo Anti-Inflacionario*. Mexico, D.F.: Centro de Investigaciones Sobre la Libre Empresa.
- Pazos, Luis. 1998c. *Pemex 60 Años de Mitos*. Mexico, D.F.: Centro de Investigaciones Sobre la Libre Empresa.
- van der Pijl, Kees. 1995. *The Second Glorious Revolution: Globalizing Elites and Historical Change*. In: International Political Economy. Understanding Global Disorder, Hg. Björn Hettne, London/New Jersey: Zed Books, 100–128.
- Plehwe, Dieter, Bernhard Walpen. 1999. „Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus.“ *Prokla*, Heft 115, 29. Jg., Nr. 2 (Juni 1999), 203–235.
- Plehwe, Dieter. 2000. *Deregulierung und transnationale Integration der Transportwirtschaft in Nordamerika*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Salinas León, Roberto. 1991. „El TLC y México: La Promesa de la Prosperidad.“ Testimony before the Subcommittee on Commerce, Consumer Protection and Competitiveness, Committee on Energy and Commerce, US House of Representatives, 15.5.1991.
- Salinas León, Robert. 2000. *Hearing on Dollarization and Monetary Stability in Latin America*. US House of Representatives, <http://financialservices.house.gov/banking/62200Leo.htm>, 22.1.2002.
- Scherrer, Christoph. 1999. *Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*. Berlin: Edition Sigma.
- Seldon, Arthur. 1990. *Capitalism*. Oxford/Cambridge: Basil Blackwell.
- Vargas Llosa, Mario. 1996. *Ein Fisch im Wasser. Erinnerungen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Vargas Llosa, Mario, Plinio Apuleyo, Carlos Montaner, Álvaro Vargas Llosas. 1996. *El manual del perfecto idiota latinoamericano*. México/Barcelona: Plaza & Janés.
- Walpen, Bernhard. 2002. *Ein entscheidender Kampf wird intern geführt: Die sog. „Hunold Affaire“*. Dissertation (unveröffentlichtes Manuskript).

Zeitungen

Austin American-Statesman
 Business Week
 Dayton Daily News
 El Economista
 Tagesspiegel

Dieter Plehwe, Wissenschaftszentrum Berlin / Social Science Centre Berlin
 Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin
 e-mail: plehwe@medea.wz-berlin.de

Journal für Entwicklungspolitik XVIII/3, 2002, S. 265–279

Nora Sausmikat

Die Intellektuellen und der Staat: Neue Diskursstrategien zu Demokratisierung und politischer Reform in der Volksrepublik China

Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich am Horizont der politischen Debatten in der VR China ein neues Bündel diskursiver Stränge formiert. Nach dem Abklingen der erhitzten Auseinandersetzung um die „asiatischen Werte“ geht es hier vor allem um Demokratisierung und politische Reform. Dabei haben sich im Laufe der letzten Jahre antagonistische und um verschiedene Demokratiemodelle kreisende Think Tanks und Diskussionszirkel herausgebildet, deren Debatten in Zeitschriften und anderen Medien öffentlich gemacht werden. Was sind die Inhalte dieser neuen Diskurse und in welchem Verhältnis stehen sie zu vergangenen Debatten um Modernisierung, politische Reform und nationale Selbstbehauptung? Eine im Sommer 2000 durchgeführte Interviewreihe mit Angehörigen der intellektuellen Elite aus Think Tanks, Forschungseinrichtungen und politischen Institutionen¹ gibt Aufschluss über die gegenwärtigen Kräfte innerhalb der Diskurslandschaft.

Als dominantes und durchgehendes Motiv der Auseinandersetzung fällt dabei die Selbst-Thematisierung der Intellektuellen als Akteure des politischen Wandlungsprozesses auf. Das Elitenverständnis der chinesischen Intellektuellen ist kein neues Thema. Schon Benjamin Schwartz wies darauf hin, dass die Frage der politischen Reform – insbesondere die Auseinandersetzung mit westlichen Ideen und Theorien – der nationalen Souveränität untergeordnet wurde (Schwartz 1964, 1972/1996). Die von Schwartz problematisierte Autonomie chinesischer Intellektueller, die sich in ihrem Elitenverständnis der Loyalität zum Staat verpflichtet fühlen, findet sich auch im gegenwärtigen Diskurs und ist Gegenstand vieler Studien (vgl. Hamrin et al. 1987; Pohl et al. 1993; Goldman 1999). Besonders von Exilchinesen wird das Thema aufgegriffen:

„Westliches Denken strömte erst nach dem Zerfall des Feudalreiches [1919] nach China. Erst dann bildeten die Gelehrten eine von der politischen Macht relativ unabhängige Gesellschaftsschicht. (...) Nur zehn Jahre später, (...) in den 30er Jahren, wurden die Gelehrten in die politischen Kämpfe zur Rettung von Vaterland und Volk involviert, so dass sie – bewusst, unbewusst oder freiwillig – entweder sich selbst zu Werkzeugen des politischen Kampfes machten oder von Parteigruppen instrumentalisiert wurden. Obwohl die chinesische Intelligenz (...) mehr oder weniger das Denken des westlichen Individualismus übernommen hatte, konnte sie sich letztendlich nie grundsätzlich des Einflusses der traditionellen chinesischen Ethik entledigen, die den Staat und die Nation in den Vordergrund stellt. (...) Die Pflicht der chinesischen Intelligenz ist es heute,

so meine ich, den modernen Staatsmythos zu zerstören. Die Anerkennung der Menschenrechte, insbesondere der Freiheit des Denkens, fällt gerade deswegen so schwer, weil der Patriotismus zu schwer auf der chinesischen Intelligenz lastet.“ (Gao Xingjian, *taz*, 9./10.12.2000: 6)

„Als die japanische Armee einmarschierte [1931] und das nördliche China besetzte, haben die meisten liberalen chinesischen Intellektuellen und Demokraten das demokratische Unternehmen aufgegeben und wurden Nationalisten, um die Einheit Chinas zu verteidigen.“ (He 2000, Übers. d. Autorin)

Dass chinesische Intellektuelle immer ein unabhängiges und starkes China anstrebten, wurde vor allem während der Tiananmen-Proteste und danach heftig kritisiert. Doch spätestens seit 1997, als anlässlich des XV. Parteitagess der Aufbau eines neuen Rechtssystems offiziell verkündet wurde, änderte sich die Situation in China grundlegend, was auch der in Frankreich lebende Literatur-Nobelpreisträger Gao zugeben muss: Gegenwärtig ist eine „explosionsartige Zunahme“ von Theoriediskussionen festzustellen, die es schwer macht, eine Hauptströmung unter den Intellektuellen zu erkennen. Die Rechtsreform zielte zwar zunächst auf eine Verschärfung des Strafrechts und weniger auf den Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen. Auf dem IX. Volkskongress 1999 wurden jedoch Zusätze in die Verfassung aufgenommen, die unter anderem den Schutz des privaten Unternehmertums und das Bekenntnis zum Aufbau eines „sozialistischen Rechtsstaates“ beinhalten (Heilmann 1999). Wiewohl Gewaltenteilung und Machtkontrolle nicht auf der Reformagenda stehen, lösten die Beschlüsse eine breite Diskussion über Rechts- und Demokratieverständnis aus.

Mit der Einführung der Marktwirtschaft bildeten sich verschiedene Interessengruppen mit unterschiedlichem Zugang zu Macht und Wohlstand und unterschiedlichen Einstellungen und Werten heraus, so dass wir es verglichen mit den Achtzigern mit einer komplexeren Situation zu tun haben. Trotz der Vielfalt diskursiver Strategien bleibt das chinesische System jedoch ein Ein-Parteien-Staat. Damit steht weiterhin die Auseinandersetzung mit der Partei und ihren Führern sowie die Frage um Legitimität bzw. Beibehaltung der politischen Strukturen im Zentrum der Diskussion.

1. Die Intellektuellen zwischen politischer Liberalisierung und ideologischer Orthodoxie

Von 1997 bis 2000 waren die chinesischen Intellektuellen einem Zick-Zack-Kurs zwischen politischer Liberalisierung und ideologischer Orthodoxie ausgesetzt. Den Hintergrund dafür bildeten die Asienkrise und der wachsende innenpolitische Druck, der aus dem Konjunkturabschwung folgte. Im Januar 1998 kritisierte Präsident Jiang Zemin die „asiatischen Regierungen“ als „zu feudal“. Damit wurde unter den Intellektuellen die Hoffnung auf eine grundlegende politische Reform geweckt (*Washington Post Foreign Service*, 19.4.1998). Wie später deutlich wurde, beschränkte sich diese vorsichtige Kritik nur auf bestimmte ökonomische Praktiken und war weniger als Aufruf zu politischen Reform-

maßnahmen zu verstehen. Die im selben Jahr abgehaltene 100-Jahr-Feier der renommierten Beijing Universität, die eine lange Tradition als Ausgangsort für politische Neuerungs-bewegungen besitzt, markierte den „Aufbruch“ in die offene Diskussion um Liberalismus und Demokratisierung. Im Februar gründete Mao Yushi, seit 1993 pensioniertes Mitglied der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS), den unabhängigen Think Tank *Unirule*, in dem unter anderem die Übersetzung von Friedrich August von Hayeks „The Constitution of Liberty“ diskutiert wurde. Die Veröffentlichung einer Reihe von Büchern (beispielsweise eine von der CASS herausgegebene umfangreiche Analyse zum Zusammenbruch der Sowjetunion oder ein an politische Kader gerichtetes Handbuch für demokratische Reformen) sollte Jiang Zemin ein „reformerisches Image“ geben und Ultra-Maoisten zurückdrängen (Goldman 1999: 706).

Ende 1998 fand die Diskussionsfreiheit jedoch ihr vorläufiges Ende. Auf dem Dritten Plenum des XV. Zentralkomitees erhob Jiang die Gehorsamkeit gegenüber Partei zum obersten politischen Gebot. Ab Juli 1999 wurde dann mit der als Antikorruptionskampagne ausgegebenen „Kampagne der drei Betonungen“ (Betonung der Rechtschaffenheit, des marxistischen Wissens und der politischer Korrektheit) die Zügel straff angezogen. Die drei Prinzipien umfassten die Einheit der Führung, die absolute Loyalität zur Partei und die Kritik und Selbstkritik der Kader (*Far Eastern Economic Review/FEER*, 19.8.1999). Schätzungen zufolge fielen drei Prozent der Parteiführung der Kampagne zum Opfer (*South China Morning Post/SCMP*, 15.4.2000). Auch der Vorstoß Wang Mingquans, früherer Präsident der chinesischen *Bank of Communication*, die Banken zu privatisieren, konnte damit abgeblockt werden, da er als Kader an die „Einheit der Führung“ gebunden war.

Politische Kader auszuwechseln und enge Vertraute zu protegieren spielte seit jeher bei ideologischen „Korrekturen“ eine wichtige Rolle. Eine andere Strategie der Partei, sich den verändernden Verhältnissen anzupassen, war die zum 50. Jahrestag der VR China (1989) von Jiang Zemin ausgegebene neue ideologische Leitlinie der „Drei Repräsentativen“ (*sange daibiao*). Die KP China sollte fortan nicht mehr nur die Interessen der „Arbeiter, Bauern und Soldaten“ vertreten, sondern auch jene der „fortschrittlichen Produktivkräfte“ und der fortschrittlichen Kräfte in der Kultur (*FEER*, 21.9.2000). Angesprochen war vor allem die wachsende Schicht von Privatunternehmern in China. Seit der Ansprache Jiang Zemins anlässlich des 80. Jahrestages der Gründung der KPCh im Juli 2001 ist es nun auch offiziell erlaubt, Privatunternehmer in die Partei aufzunehmen, was einen Sturm der Entrüstung unter Parteilinken auslöste.

Die Strategie, neue Interessengruppen in die Partei einzubinden und gleichzeitig parteischädigende Personen auszuschließen, gipfelte im Frühjahr 2000 in der anachronistisch wirkenden Verhaftungs- und Entlassungskampagne gegen „verwestlichte“ Akademiker und Liberale. Die Kampagne richtete sich vorrangig gegen die Akademie für Sozialwissenschaften, aber auch gegen Buchhändler und Verlage (Wop-Lap Lam 2000). Abweichungen von der offiziellen Parteimeinung zur Kulturrevolution, zum Koreakrieg, zu den wichtigsten Ereignissen in der Geschichte des Kommunismus in China und zum Verhältnis

Chinas zum Westen – all dies konnte den Vorwurf „bourgeois-liberalen Gedankengutes“ provozieren (SCMP, 19.4.2000). Vor allem Persönlichkeiten des sogenannten „liberalen Flügels“ wurden heftig kritisiert: So beispielsweise Li Shenzhi, ehemaliger stellvertretender Leiter der CASS, der Politologe Liu Junning oder die Ökonomen Fan Gang und Mao Yushi, Gründer des Think Tanks *Unirule*. Liu Junning befindet sich mittlerweile mit seiner Familie in den USA und wurde in China zur *persona non grata* erklärt. Li Shenzhi stellt jedoch fest, dass diese Kampagnen eng mit machtpolitisch motivierten Personalentscheidungen zusammenhängen und keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den kritisierten Theorien darstellten.

Das Spannungsverhältnis zwischen einer zunehmend ausdifferenzierteren Gesellschaft und verstärkten, autoritären Disziplinierungsversuchen seitens der Partei polarisiert auch die Diskursstränge in „konforme“ und „non-konforme“, in Partei- und Reformpolitik stützende und ablehnende Ansätze. Personen, die sich in ihren Konzepten stark an westliche Demokratie Modelle anlehnen oder sich explizit zu einer westlichen Demokratieform bekennen, geraten in Verdacht, den Umsturz des Systems und nicht den Aufbau eines stabilen politischen Systems zu verfolgen. Erkennbar sind deshalb verschiedene Strategien, den Vorwürfen der Regierung (anti-parteilich zu sein) aus dem Weg zu gehen und trotzdem eine „non-konforme“ Haltung einzunehmen. Insgesamt entstand bei der im Sommer 2000 durchgeführten Interviewreihe der Eindruck der „Krise“ und der aufgeladenen Stimmung. Kontroverse Standpunkte konnten indes offen geäußert werden, was auf eine veränderte Situation schließen lässt.

2. Gegenwärtige Diskurse zur wirtschaftlichen Reform

Im Januar 2000 erschien das von Li Shitao herausgegebene dreibändige Werk „Standpunkte chinesischer Intellektueller“ (*Zhongguo zhishi fenzi lichang*) in Beijing. Es gibt einen umfassenden Überblick über die gegenwärtigen Diskurse. Die drei Untertitel „Debatten über Liberalismus und Aufspaltungen innerhalb der chinesischen intellektuellen Gemeinschaft“, „Nationalismus und das Schicksal Chinas in der Transformationsperiode“ und „Unruhe zwischen Aufbruch und Bewahrung“ lassen sich den drei ideenpolitischen Strömungen Liberalismus, Nationalismus und Konservatismus zuordnen. Was in diesen Essays völlig in den Hintergrund tritt, ist die offizielle Lesart des „Sozialismus in seinem Anfangsstadium“ (*shehui zhuyi chuji jieduan*), die bis 1999 als Säule des chinesischen Modells galt und noch vor wenigen Jahren heftige Diskussionen ausgelöst hatte.

Mit der Formel „Sozialismus in seinem Anfangsstadium“ versuchte Deng Xiaoping in den 1980er Jahren die Einführung marktwirtschaftlicher Reformmaßnahmen zu rechtfertigen, die ideologisch sonst kaum mit dem herkömmlichen Verständnis von Sozialismus zu vereinbaren gewesen wären. Nur die rapide Entwicklung der Produktivkräfte könne das Dilemma Chinas zwischen zurückgebliebenen Produktivkräften einerseits und den fortgeschrittenen Pro-

duktionsverhältnissen andererseits lösen. Daher sei es wichtig, „einige Provinzen zuerst zu Wohlstand kommen zu lassen“ und zunächst ein Ungleichgewicht zu riskieren. Die diskursive Strategie sollte dazu dienen, die Reformmaßnahmen bei der Parteilinken durchzusetzen und die Kritik an den Nachteilen, die aus der einseitigen wirtschaftlichen Reform erwachsen, abzublocken. Trotzdem führte Dengs ideologische Formel und die damit eingeleitete Entwicklungsstrategie zu heftigen Kontroversen.

Auf dem IX. Volkskongress 1999 wurde die zur Einführung marktwirtschaftlicher Reformen benutzte Formel des „Sozialismus im Anfangsstadium“ abgeändert zugunsten „Wir werden uns noch sehr lange in der Anfangsphase des Sozialismus befinden“ (es wird nun von 100 Jahren gesprochen – China wird also 2099 beginnen, den Sozialismus zumindest ideologisch zu verwirklichen). Die neue Formel wurde in die Präambel der Verfassung aufgenommen. Die modifizierte offizielle Sprachregelung diente auch dazu, China in Hinblick auf den Beitritt zur Welthandelsorganisation WTO als Entwicklungsland zu positionieren – trotz der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in den Küsten- und Großstädten. Im Kontext der WTO-Verhandlungen schien diese Einstufung strategisch günstiger, weil damit hohe Agrarsubventionen gerechtfertigt und Finanzierungsprogramme der Europäischen Union in Anspruch genommen werden können (Mann 2001).

Während die politische Führung zu Beginn der Dekade den Weg in die Marktwirtschaft mit Verweis auf die hohen Wachstumsraten und den Anstieg des allgemeinen Wohlstands rechtfertigte, wurde es Mitte der 1990er Jahre immer wichtiger, sich Anfeindungen aus dem Westen zu erwehren, die China nicht mehr als Entwicklungsland betrachten wollten. Auch in China selbst waren die Verhandlungen um den Eintritt in die WTO begleitet von dem Streit, ob und in welchem Maße China überhaupt als „Entwicklungsland“ gelte (Körber-Stiftung 2001). Wie schon 1980, als das Land trotz ideologischer Widersprüche dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beitrug (Song 1998), führte auch die Aufnahme in die WTO fast zum Sturz von Premierminister Zhu Rongji, da mit dem Beitritt neben ökonomischen Reformen unweigerlich auch unangenehme und lang ausstehende politische Maßnahmen wie Rechtssicherheit, Korruptionsbekämpfung, Abbau von Protektionismus und Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen im Inneren durchgesetzt werden müssen.

Was den Weg in Richtung Marktwirtschaft angeht, besteht zwischen Regierungsbeamten und Intellektuellen seit Mitte der 1990er Jahre breiter Konsens. Eine wachsende Minderheit warnt jedoch davor, dass China Gefahr laufen könnte, einen *crony capitalism* (Günstlings-Kapitalismus) zu entwickeln, ähnlich wie Indonesien und Malaysia (Eckholm 1999). Besonders die Veröffentlichung von He Qinglians Buch „Die Falle der Modernisierung“ (1998) provozierte eine Diskussion über Moral und Ökonomie, bei der vor allem die Klasse der Neureichen angegriffen wurde. Andererseits entwickelte sich eine Debatte über neoliberale Wirtschaftstheorien und Theoretiker wie R. Coase, J. Buchanan, M. Olson und D.C. North, die über die Forschungsgrenzen hinweg Einfluss auf Politiker und

Ökonomen gewinnen konnte (Borokh 1998: 76–81, Borokh 1999: 60–71). Im Folgenden werden verschiedene Denkschulen vorgestellt, die in sich sicherlich noch kein Konzept ausmachen, doch unterschiedlichen Diskursstrategien folgen.

3. Diskursrahmen des (Neo)Liberalismus

Zunächst muss hervorgehoben werden, dass vieles, was heute in der VR China unter dem Begriff „Liberalismus“ (*ziyou zhuyi*) bzw. „Neo-Liberalismus“ (*xin zhiyou zhuyi*) diskutiert wird, früher Inhalt der neokonservativen Debatte war. Sowohl der Beijinger Politologe Liu Junning als auch der Essayist Gan Yang kritisieren den sogenannten Neo-Konservatismus, der sich ihrer Einschätzung nach einzig der Verwirklichung des klassischen (ökonomischen) Liberalismus verschrieben habe, ohne jedoch eine Veränderung des politischen Systems zum Ziel zu haben (Liu 2000). Wir müssen daher im gesamten Diskurs um Liberalismus deutlich zwischen den Verfechtern des ökonomischen Neo-Liberalismus und des philosophischen Liberalismus unterscheiden. Im Grunde können drei verschiedene Strömungen, die sich in den Hauptdiskurs „Liberalismus“ einordnen, unterschieden werden: der Freiheitsdiskurs, in dem Themen wie Verfassungsänderung, die Ermächtigung der Intellektuellen und Pressefreiheit debattiert werden; der vorrangig ökonomische Diskurs und ein dritter Strang, der sich einer Liberalisierung der Gesellschaft verschrieben hat, vor allem der Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft (siehe ausführlich Sausmikat 2001).

3.1 Reform innerhalb des Systems: Liberalismus und Verfassungsdemokratie

Li Shenzhi gehört zur intellektuellen Elite und war bis vor kurzem stellvertretender Leiter des wichtigsten Think Tanks der Regierung, der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, bis er im Frühjahr des Jahres 2000 zusammen mit einigen anderen namhaften Intellektuellen im Rahmen der Kampagne Jiangs gegen „bourgeoise“ und „verwestlichte“ Intellektuelle unter Beschuss geriet. Liu Junning und Li Shenzhi bezeichnen sich beide als Liberale der „Privatisierungsfraktion“. Während Liu vorrangig die „ökonomische Befreiung“ als Triebkraft für eine demokratische Entwicklung hervorhebt, finden wir bei Li ein umfassenderes Demokratie- und Liberalismusverständnis. Was Li und Liu verbindet, ist ihre Gegnerschaft zu den Nationalisten.

Anders als bei den Verfechtern eines ökonomischen Liberalismus gilt Lis Aufmerksamkeit der Reform der Verfassung – und der Ermächtigung der intellektuellen Elite. Seit der Gründung der Volksrepublik 1949, so Li, träumen chinesische Intellektuelle davon, „das Alte zu verabschieden und das Neue zu

beginnen“. Ein von ihm anonym im Internet veröffentlichter Artikel zum 50. Jahrestag der Volksrepublik im Dezember 1999 löste eine neue Kritikwelle der Parteiführung an führenden Intellektuellen aus. In diesem Artikel nimmt Li Bezug auf die Triumphfeiern der Partei und hinterfragt die Legitimation der Kommunistischen Partei Chinas. Er beruft sich auf einen Aufsatz Maos aus den 1940er Jahren, der die „Demokratische Diktatur des Volkes“ in Aussicht gestellt hat. Nach der Staatsgründung habe es jedoch nur eine Reihe von politischen Kampagnen gegeben, die zur Inhaftierung und zum Tod von Millionen von Menschen geführt hätten. Dies zeige, dass die Schrift des Vorsitzenden nie umgesetzt worden wäre.

Ähnlich wie die meisten Intellektuellen plädiert Li Shenzhi für einen friedlichen, schrittweisen Wandel innerhalb „des legalen Rahmens“. Dieser sei allerdings von einem Rechtsstaat nach wie vor weit entfernt: Die Dorfwahlen, die von der Akademie für Sozialwissenschaften als eine chinesische Form der Demokratisierung „von unten“ angepriesen werden, hält Li für eine Farce. Er hebt hervor, dass es sich hier nur um die Wahl von Personen ohne politische Entscheidungsbefugnis handle und die Wahlen überhaupt keine systemreformerische Bedeutung hätten. Li weist auf die Notwendigkeit einer Mehrparteiendemokratie hin, seine Kritik zielt jedoch keineswegs auf den Sturz der KP China. Er betont, dass Jiang Zemin die Chance hätte, an der Macht zu bleiben, wenn er nur den Schritt zur politischen Reform wagen würde. Die politische Reform (Aufhebung des Parteienverbots und der Zensur sowie die Einführung der Gewaltenteilung) müsste bei einer Änderung der Verfassung und innerhalb der Partei ansetzen. Die kommunistische Partei ist nach Li die einzige Institution, die den Impuls für eine solche Reform geben könnte. Eine Demokratisierung nach westlichen Vorbildern (womit er die parlamentarische Demokratie meint) hält Li allerdings für utopisch. Auch er glaubt an eine im Gefolge der ökonomischen Liberalisierung einsetzende politische Liberalisierung. Sollten in ferner Zukunft Parteien das politische Bild Chinas bestimmen, so würde Li seine Partei Sozialdemokratische Partei (*shehui minzhu dang*) nennen.

Gleichzeitig wendet er sich entschieden gegen die sogenannte „neue Linke“ in China, die er als rückwärtsorientiert bezeichnet. Auch die vom Ausland aus operierenden „ultralinken“ Kräfte, wie der bekannte Professor Cui Zhiyuan, stellen nach Li eine große Gefahr für China dar. Cui Zhiyuan ist Politikwissenschaftler am *Massachusetts Institute of Technology* und beteiligt sich von dort aus regen an der Diskussion um eine politische Reform. Cui wird als „neuer Linker“ beschrieben, da er einzelne Aspekte der Kulturrevolution positiv hervorhebt (Schubert 1997: 72; Eckholm 1999). Doch nicht nur linke Kräfte, auch die von der Linken zu den Neo-Konservativen übergewechselten Protagonisten werden von ihm kritisiert – diese förderten den Nationalismus, den er für „die größte Gefahr für das heutige China“ hält. Auch die Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 wurde in diesem Lager gerechtfertigt.

3.2 Reform nur außerhalb des Systems

Andere sogenannte „Liberale“ wie Liu Junning argumentieren, dass eine Reform innerhalb des Systems ausgeschlossen sei. Liu glaubt an die demokratischen Fähigkeiten der Bevölkerung und bescheinigt ihr ein „grundsätzliches Verständnis von Demokratie“. Dabei nahm Liu – einem Hinweis Schuberts (1997) zufolge – ein paar Jahre zuvor eine andere Haltung ein: Er soll sich dezidiert gegen Dorfwahlen ausgesprochen haben. Eine „Erziehungsdiktatur“, wie sie Sun Yatsen in den 1920er Jahren auf dem Weg zur Demokratie für nötig hielt, scheint für Liu völlig indiskutabel. Priorität räumt er dem Aufbau einer repräsentativen Demokratie und der Gewährung individueller Freiheitsrechte ein. Ausschlaggebend für diesen Prozess sei die Zulassung von Privateigentum. In seiner neo-konservativen Argumentation bezieht sich Liu explizit auf Hayeks „Konzept der Freiheit“ (Liu 2000: 501).

Wie bereits angedeutet, ist die Unterscheidung einzelner Spielarten des Liberalismus in China wichtig und schwierig gleichermaßen, da unter gleicher Bezeichnung unterschiedliche Denkströmungen – teilweise zum Zwecke der Diffamierung – zusammengefasst werden. Liu setzt sich deshalb dafür ein, die offizielle Rhetorik und ideenpolitische „Etiketten“ – wie Liberalismus oder den von der neuen Sozialdemokratie beschrifteten „Dritten Weg“ – zu dekonstruieren.

„Die chinesischen Intellektuellen begrüßen den Dritten Weg, besonders diejenigen, die aus Europa zurückkommen, sie standen unter dem Einfluss Schröders. Aber die Regierung lehnt ihn derzeit noch ab. Jiang (...) betrachtet diejenigen, die den Dritten Weg umsetzen, als äußere Feinde, und diejenigen, die den Dritten Weg unterstützen, als Feinde im Inneren. (...) Egal ob Dritter oder Erster Weg – Voraussetzung in den westlichen Ländern ist immer, dass ein Mehrparteiensystem existiert. Dies impliziert immer auch ein parlamentarisches System und die Akzeptanz der Privatwirtschaft. (...) Aber wie können wir diese Dinge übernehmen? Bei uns herrscht der Staat über das Volk. Der Staat ist die Vorhut des Volkes. Die Partei wird ewig die Volksmassen anführen.“

In Bezug auf transnationale Orientierungen können wir bei ihm eine Abkehr von rein westlichen Vorbildern erkennen. Ausschlaggebend sind für ihn systemische und kulturelle Faktoren. Er betont, dass der Demokratisierungsdruck sowohl von den Ereignissen in den ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas als auch von „konfuzianisch geprägten Staaten“ wie Taiwan und Südkorea ausgeht. Die „westlichen Länder“, also die USA und Westeuropa, spielen seiner Einschätzung nach keine Rolle. Es gelte überzeugend darzulegen, dass auch sogenannte „konfuzianisch“ geprägte Kulturen wie Korea und Taiwan den Weg der Demokratie gehen können. Damit hebt Liu auch die Lehrmeinung der Modernisierungstheorie aus, wonach eine Demokratisierung erst möglich ist, nachdem die „Rückständigkeit“ beseitigt wurde:

„Es ist nicht richtig zu behaupten, wir könnten keine Demokratisierung durchführen, weil die Menschen der ländlichen Gebiete noch zu rückständig

sind. Dann dürfte es keine Dorfwahlen geben. (...) Wenn man sagt, der Bildungsgrad bestimmt die Demokratisierung, dann müsste man als erstes eine Demokratisierung im Zentralkomitee durchführen.“

Liu wendet sich sowohl im Interview als auch in dem genannten Essay gegen eine kulturalistische Argumentation, wie sie in der Debatte über die asiatischen Werte artikuliert wurde. Er stellt sich ähnlich wie Lee Eun-Jeung in seinem Essay „Die Konfuzianismuskritik“ (1995) heraus, dass die Wertedebatte nur der Disziplinierung der Bevölkerung diene und mit Macht erhaltenden, antidemokratischen Absichten verbunden sei (Liu 1998).

Dennoch: Lius Kritik am asiatischen Wertekonstrukt und seine Betonung der freien Marktwirtschaft auf Basis des Privateigentums hinterlassen eine Lücke. Robinson (1996) wies darauf hin, dass gerade neoliberale Kräfte unter Verweis auf asiatische Werte die Einschränkung von Demokratie und Sozialabbau betrieben. Die Forderung Gan Yangs, sich innerhalb des ökonomischen Liberalismus mit dem Konzept der Freiheit und dem Kampf für soziale Gerechtigkeit auseinander zu setzen, wird von Liu nicht aufgenommen: Soziale Gerechtigkeit steht bei ihm nicht an erster Stelle.

3.3 „Leise Reformen“

Eine dritte Variante im Diskursfeld Liberalismus strebt den Aufbau einer Zivilgesellschaft an. Tätigkeitsbereiche bilden die Veröffentlichung sogenannter Aufklärungsromane (wie die der Journalistin Dai Qing) oder die Gründung von Beratungsgesellschaften und „nichtstaatlichen Forschungsinstitutionen“, die sich an der Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen beteiligen. Erfolgreiche Beispiele sind das von der „Konkursgesellschaft“ mit auf den Weg gebrachte Konkursgesetz oder das neue Gesetz gegen häusliche Gewalt, an dem die Rechtsberatungsstelle für Frauen an der Beijing Universität mitwirkte. Vertreter dieser Strömung stehen der Partei äußerst kritisch gegenüber und sind selbst oft keine Parteimitglieder. Ihre Strategie für eine Demokratisierung der Gesellschaft speist sich aus der Einsicht, dem autoritären Staat nicht offensiv gegenüber treten zu können.

Xu Youyu, politischer Philosoph an der CASS, mischt sich aktiv in diesen Demokratisierungsdiskurs ein. Er bezeichnet sich selbst als Liberaler, fügt aber hinzu, man könne ihn auch zu den Neuen Linken zählen. Er distanziert sich von Vertretern des Liberalismus: Die einseitige Betonung der „traditionellen Seiten des Liberalismus“ zeige die Kontinuität von Neo-Autoritarismus, Konservatismus und Liberalismus. Die gegenwärtige Situation in China beschreibt er ähnlich wie Li Shenzhi: Seit Einführung der Reform- und Öffnungspolitik vor 20 Jahren habe es keine (politische) Neuerungen gegeben, es gebe keinerlei Fortschritte, die Macht der KPCh gesetzlich und institutionell zu kontrollieren oder einzuschränken.

Xu, Li und die sog. „Liberalen“ streben ein marktwirtschaftliches, kapitalistisch ausgerichtetes System mit universal geltenden Menschenrechten an.

Trotzdem kann Xu nicht einfach unter die Gruppe pro-kapitalistischer Intellektueller subsumiert werden. Xu definiert sich als Liberaler *und* Linker. Gefragt nach konkreten Konzepten für eine politische Reform und nach der Herkunft dieser Konzepte wird eine klare Unterstützung westlicher Vorstellungen erkennbar. Eine auf „chinesische“ Kulturbesonderheiten abhebende Definition von Demokratie lehnt er vehement ab:

„Es gibt Aufsätze, die sich ausschließlich mit der Frage nach demokratischen Ideen in unserer Tradition beschäftigen. Wir können uns nicht komplett auf westliche Ideen stützen, wird behauptet. Ich glaube das nicht (...). Einige meiner Kollegen behaupten, dass die Durchschnittsbürger Chinas dies nicht annehmen könnten, da sie sehr der Tradition verbunden sind. Also müssen wir in der chinesischen Kultur selbst suchen. Ich kann nicht sagen, dass ich ein Anhänger einer bestimmten westlichen Philosophie wäre. Ich bin z.B. sehr auf einer Linie mit John Locke, aber auch mit John Rawls, Robert Nozick, andere folgen eher Friedrich Hayek. Wir müssen aus verschiedenen Ansätzen die beste Mischung für die spezielle Situation Chinas herausfiltern. (...) In China ist man sehr aufgeklärt über diesen Dritten Weg, viele der politisch aktiven Intellektuellen sind damit sehr vertraut, (...). Speziell die Bücher von Giddens, viele davon wurden hier übersetzt und publiziert. Viele präferieren diesen Weg, weil wir radikale Wege ablehnen, das ist der chinesische Weg des Denkens, nicht so radikal wie Sozialismus oder Liberalismus, in China nennt man das *Zhongyong zhidao* (Der mittlere oder goldene Pfad).“ [Gemeint ist ein Konzept Konfuzius', welches in verschiedenen Auslegungen der Originalschriften das konfuzianische Verständnis einer idealtypischen politischen Führung beschreibt, Anm. d. A.]

Xu Youyu führt aus, dass der „mittlere Weg“ im Sinne des chinesischen (konfuzianischen) Mittelweges der „indirekte Weg“ sei, und benutzt damit wieder, trotz der Betonung universaler Konzepte, die terminologische Klammer der chinesischen Kultur. Offene Konfrontationen mit der Regierung lehnt er ab. Eine Änderung der Verfassung zu fordern sowie gleichzeitig die Bevölkerung aufzuklären und zu mobilisieren, stellen für Xu und andere der Gruppe den Weg zur Demokratisierung dar. Aber auch er hebt den gesetzlichen Schutz von Privateigentum als einen ersten Schritt zum Aufbau eines Rechtsstaates hervor.

Konkret richtet sich seine Kritik gegen den Parteiideologen Wang Binbin, der eine zwangsläufige Entwicklung von Liberalismus zu Kapitalismus, Totalitarismus und Faschismus behauptete (Xu 2000: 181–183). Xu bezieht sich hier auf einen Artikel von Wang Binbin in der Zeitschrift *Tianya* (Wang 2000). Über eine indirekte Argumentation deutet er an, dass eher eine Beziehung zwischen Autokratie, Faschismus und Kapitalismus bestehe – auch historische Persönlichkeiten wie Yan Fu (1854–1921), erster Präsident der Beijing Universität, Übersetzer vieler liberaler Klassiker und heute als „Gründer des Liberalismus“ in China bezeichnet, habe in Wirklichkeit keinen Liberalismus entwickelt, sondern eine Theorie der Modernisierung. Damit kritisiert er, dass der Liberalismus auf eine Modernisierungstheorie heruntergeschraubt wurde, was zwar der hun-

dertjährigen Suche Chinas nach einer optimalen Entwicklungsstrategie entspreche, aber mit dem Erreichen der „wahren Freiheit“ nichts mehr zu tun habe. Liberalismus beinhaltet nach Xus Darstellung soziale Gerechtigkeit, das Recht eines jeden Einzelnen auf Religions-, Rede- und Meinungsfreiheit.

4. Demokratischer Nationalismus und Neue Linke

Eine weitere Gruppe von Intellektuellen hat sich den Kampf für einen demokratischen Nationalismus auf die Fahnen geschrieben. Als tragende Bewegung des „demokratischen Nationalismus“ gilt die „Neue Linke“ (Liu 1999). Diese Gruppe kann auf einflussreiche Leute innerhalb der Partei zurückgreifen. Ihre Vertreter sind meist selbst Parteimitglieder und umfassen Militärkreise und innerparteiliche WTO-Gegner. Nach einem Bericht der *Far Eastern Economic Review* (Gilley 2001: 26) konnten diese Kräfte das Vertrauen Jiangs gewinnen und ihren Einfluss auf den Reformprozess ausbauen.

Rund um den „China-kann-Nein-sagen“-Klub (benannt nach einem nationalistischen Bestseller aus dem Jahre 1996), der sich besonders als Reaktion auf die „Theorie der Gefährlichkeit Chinas“ (*Zhonguo weixian lun*) im Zuge des Huntingtonschen Szenarios des Zusammenpralls der Kulturen herausbildete, wächst beständig eine differenzierte Intellektuellengemeinschaft, die sich der Zukunft eines – vor allem militärisch und ökonomisch – starken und demokratischen China verschrieben hat. Die nationalistisch orientierten Intellektuellen stehen den Absichten des Westens misstrauisch gegenüber, greifen jedoch auch westliche Begriffe und Konzepte auf. Ideenpolitisch kann diese Strömung als kultureller Nationalismus bezeichnet werden, bei dem politischer Nationalismus und neo-konfuzianische Gesellschaftsentwürfe – wie das Konzept des „Neuen Kollektivismus“ (Shih 1999) – zusammenwirken.

Postkoloniale Kritik, insbesondere Edward Saids Orientalismus-These, wird heftig diskutiert (Barmé 1995). Daran beteiligte sich auch Wang Xiaodong, eine der schillerndsten Gestalten innerhalb dieses Diskurses. Wang hat sich vor allem mit der Bekräftigung westlicher demokratischer Werte bei gleichzeitiger Betonung nationalistischer Selbststärkung einen Namen gemacht hat (Shi Zhong [Pseudonym] 1996). Er gehörte zu den renommierten Autoren der linken Intellektuellenzeitschrift *Strategie und Management*, die vom Militär mit finanziert wird, und ist Autor des dritten „China-kann-Nein-sagen“-Buchs mit dem Titel *Chinas Weg im Schatten der Globalisierung* (*Quanjihua yinxing de beiho*, 1999). Die darin eingenommene Haltung, dass trotz WTO-Beitritt die postkoloniale Dominierung durch den Westen verhindert werden müsse, wird natürlich besonders von den WTO-Gegnern in der politischen Führung geteilt (Chajia 2000).

Wang glaubt an ein kapitalistisches Komplott, was stark an die Beschwörung der „Rückentwicklung vom Sozialismus zum Kapitalismus“ erinnert, wie sie in der Kulturrevolution zu hören war. Während der Kulturrevolution konzentrierte

sich die Propaganda, die die Massen zum Kampf gegen die Sowjetunion und die USA mobilisieren sollte, auf das Schreckensbild einer schleichenden Unterwanderung der Kommunistischen Partei durch reaktionäre Kräfte, die die Restauration des Kapitalismus innerhalb Chinas zum Ziel hätten. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow verkörperte dieses Feindbild und es galt, alle „Chruschtschows Chinas“ ausfindig zu machen. Heute geht es nicht um Kapitalismus, sondern um Demokratie. Diejenigen Chinesen, die Angst vor der Einführung der Demokratie haben, benutzen nach Wang das Schreckgespenst einer „kulturrevolutionären Massendespotie“. Sie beschwören den kulturrevolutionären Demokratiebegriff, die „große Demokratie“ (*da minzhu*) der Massen, um ihre Pfründe zu sichern: „Denn die Reichen Chinas“, die er als „anti-demokratische Liberale“ bezeichnet, „die lieben natürlich nicht die Demokratie“.

In Wangs Argumentation erscheint das „System Mao“ mit seinem effektiven Militär- und Beamtenapparat als erstrebenswert. Gute Beamte waren das Kapital Chinas. Die zweite und dritte Generation nach Mao ist jedoch immer korrupter geworden. Demokratische Kontrolle bedeutet daher, durch Wahlen und Presse- sowie Redefreiheit die „Fähigsten“ an die Spitze des Staates rücken zu lassen. Die Sehnsucht nach Disziplin und der Respekt vor der ersten Generation der Revolutionäre sowie die Forderung nach freiem politischen Wettbewerb basiert in letzter Konsequenz auf einer reformierten (restaurierten leninistischen) Partei. „Wenn die KP ähnlich wie Jiang Qingguo in Taiwan die Partei öffnen würde, kann das für die Partei nur Vorteile haben. Andere Parteien müssen zugelassen werden. Dann bleibt die KP vielleicht so stark, aber wenn sie so weiter macht, wird sie schwach.“ Die demokratischen Nationalisten kämpfen einen Kampf, den Mao in ihren Augen verloren hat – ihr Kapital besteht darin, sich in populistischer Manier für die „unterdrückten Klassen“ im restaurierten Kapitalismus einzusetzen (He 1997, 1996: 35).

5. Vielfalt von Reformvorstellungen

Wie dieser Überblick zeigt, gibt es innerhalb der politischen Intellektuellen Chinas eine beeindruckende Vielfalt von Reformvorstellungen und Demokratisierungsansätzen. Es würde zu weit führen, hier schon von Programmen zu sprechen. Ersichtlich ist aber, dass die Auseinandersetzung mit westlichen Ideen eine wichtige Rolle spielt, eine Auseinandersetzung, die bereits seit 1919 auf das Engste mit der Frage der nationalen Souveränität verknüpft ist und das Verhältnis zwischen Staat und Intellektuellen prägt. Die Hauptauseinandersetzung findet zwischen sogenannten Liberalen und national orientierten Intellektuellen statt. Insofern bestätigt sich hier ein alter Mechanismus. Auch der Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Elitenverständnis und politischen Ziel- und Reformvorstellungen, wie er von Schwartz thematisiert wurde, wird vor allem bei Wang Xiaodong und seinem Verständnis der „nicht korrumpierbaren traditionellen Beamtschaft“ besonders deutlich. Doch auch bei Vertretern der

Liberalen, die die Verfassungsreform an den Anfang politischer Reform stellen, finden wir Diskursstrategien, die die kommunistische Partei als alleinigen Motor der Reform und die Reform innerhalb des Systems als einzig mögliche bezeichnen.

Es fällt auf, dass alle unterschiedlichen Positionen die Befürwortung eines Mehrparteiensystems verbindet. Keine der hier vorgestellten Intellektuellengruppen unterstützt eine rein „indigene“ Definition von Demokratie, im Gegenteil, viele warnen vor einer an kulturellen Eigenheiten orientierten Bestimmung. Auch die Diskussion über eine Verfassungsreform, über den Schutz des Privateigentums und über universale Menschenrechte, aber auch die kontroversiellen Standpunkte zum „Dritten Weg“ machen deutlich, dass chinesische Intellektuelle weit weniger für die Gefahren einer „asiatischen Demokratie“ anfällig sind, als ihnen im westlichen Diskurs so gerne zugeschrieben wird.

Abstracts

In the wake of political transitions in East and Southeast Asia there have been hot debates on political reform concepts among intellectuals of different countries. Just as in Eastern and Central Europe, the role of intellectual debates and of the intellectuals as an important political group have been mainly neglected when analysing the political transition process. The aim of this article is to look behind different labels for political factions and to focus on discourse strategies among Chinese intellectuals for discussing political reform and democracy. The author concentrates on the political function of intellectuals and the interrelatedness between political ideas or concepts and the position of the individual intellectual or of the group of intellectuals as well as the interests and arguments tied to this position.

Während der politischen Transformationen in Ost- und Südostasien fanden unter den Intellektuellen der betreffenden Länder intensive Debatten über politische Reformkonzepte statt. Wie auch im Falle von Ost- und Zentraleuropa wurden bei der Analyse der Transformationsprozesse diese Debatten und die Rolle der Intellektuellen als eine wichtige meinungsbildende Gruppe kaum beachtet. Ziel des Beitrages ist es, am Beispiel China die unterschiedlichen politischen Denkschulen (in Bezug auf politische Reform und Demokratie) darzustellen und die Diskursstrategien der chinesischen Intellektuellen zu analysieren. Die Autorin konzentriert sich hierbei auf die Beziehungen zwischen politischen Ideen oder Konzepten und der Position des Einzelnen oder der Gruppe und analysiert die gesellschaftspolitischen Interessen, die hinter den jeweiligen Positionen stehen.

Anmerkung

- 1 Interviewt wurden Mitarbeiter des Zentrums für Vergleichende Politik und Wirtschaft/CCPE (dem früheren Übersetzungsinstitut für Marxismus-Leninismus), verschiedener Elite-

Universitäten wie Qinghua und Beijing sowie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Daneben wurden zahlreiche Gespräche mit StudentInnen, freien Journalisten, Unternehmern, AktivistInnen von NGOs und PolitikberaterInnen geführt. Nicht mit Literaturhinweisen versehene Zitate stammen aus den im Juli 2000 geführten Interviews und wurden von der Autorin übersetzt.

Literatur

- Barmé, Geremie. 1995. „To Screw Foreigner is patriotic: China's Avant-Garde Nationalists.“ *The China Journal*, Nr. 34 (1995), 209–238.
- Binbin, Wang. 2000. „Dushu zhaji: ziyou zhuyi.“ (Lesenotizen aus Dushu: Liberalismus). *Tianya Hainan dao*, Nr. 2 (2000), 1–6.
- Borokh, Olga. 1998. „A View of the Old Chinese Tradition from the Vantage Point of modern Economics.“ *Far Eastern Affairs*, Nr. 1 (1998), 76–81.
- Borokh, Olga. 1999. „The East Asian Crisis and its Effects on Chinese Economic Science.“ *Far Eastern Affairs*, Nr. 2 (1999), 60–71.
- Chajia, Guan. 2000. „Beijing's Third „Say no' Clamour“ (Übers. Kevin McCready), *CND Global Supplement*, 14.2.2000.
- Eckholm, Erik. 1999. „Detour on Capitalist Road: Die-Hard Maoist Collective.“ *New York Times*, 7.1.1999.
- Gilley, Bruce. 2001. „The right stuff. Neo-authoritarians come to the fore as the communist party grapples with political reform.“ *Far Eastern Economic Review*, 17.5.2001, 26.
- Goldman, Merle. 1999. „Politically-engaged Intellectuals in the 1990s.“ *China Quarterly*, Nr. 159 (1999), 700–711.
- Hamrin, Carol Lee, Timothy Cheek, Merle Goldman, Hg. 1987. *China's Establishment Intellectuals*. Armonk: M.E. Sharpe.
- He, Baogang. 1996. *The Democratization of China*. London/New York: Routledge.
- He, Baogang. 1997. *The Democratic Implications of Civil Society in China*. London/Hampshire: MacMillan Press.
- He, Baogang. 2000. „Why Establishing Democracy is so Difficult in China? The Challenge of China's National Identity Question.“ Paper presented at the conference ‚Intellectuals' Response to 21st Century Challenges in China and Eastern Europe – a Comparative Approach, Centre for Research on Contemporary China (CEFC), Hongkong, 15.12.2000.
- He, Qinglian. 1998. *The pitfalls of China's Modernization (Zhongguo de xianjing)*. Hongkong: Mingjing chubanshe.
- Heilmann, Sebastian. 1999. „Politische Grenzen der Wirtschafts- und Verfassungsreform.“ *China aktuell*, März, 267–272.
- Körper-Stiftung, Hg. 2001. *China: Partner in der Weltwirtschaft. Protokoll des 119. Bergerdorfer Gesprächskreises*. Hamburg: edition Körper-Stiftung.
- Krüger, Petra. 1991. *Die Intelligenz als Trägerin der Demokratisierung in China*. Münster: Lit-Verlag.
- Lee, Eun-Jeung. 1995. *Die Konfuzianismuslüge. Zur west-östlichen Instrumentalisierung einer These*. In: Ökonomische Ethik in Afrika und Asien. Chancen und Grenzen der sozialen Marktwirtschaft in Ländern Afrikas und Asiens, Hg. Afrikanisch-Asiatische Studentenförderung e.V., Frankfurt/M., 57–67.
- Li, Shitao, Hg. 2000. *Standpunkte chinesischer Intellektueller (Zhongguo zhishi fenzi lichang)*. 3 Bde, Beijing: Wenyi chubanshe.
- Liu, Junning. 2000. *Zwischen Konservatismus und Liberalismus (Baoshou zhuyiyu ziou zhuyi zhijian)*. In: Standpunkte chinesischer Intellektueller, Hg. Li Shitao, Bd.3, Beijing: Wenyi chubanshe, 497–505.
- Liu, Melinda. 1999. „Broken Dreams“. *Newsweek*, 7.6.1999.
- Mann, Otto. 2001. „200 Millionen Bauern in die Reserve versetzen?“ *Freitag*, 23.2.2001.
- Pohl, Karl-Heinz, Gudrun Wacker, Liu Huiru, Hg. 1993. *Chinesische Intellektuelle im 20. Jahrhundert. Zwischen Tradition und Moderne*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Robinson, Richard. 1996. „The politics of 'Asian values'.“ *The Pacific Review*, Nr. 3 (1996), 309–327.
- Sausmikat, Nora. 2001. *Demokratisierungsdiskurse unter Intellektuellen in der VR China 2000. Der schwere Weg der Emanzipation vom „Hu Yaobang-Phänomen“*. Project Discussion Paper Nr. 11 (Discourses on Political Reform and Democratization in East and Southeast Asia), Universität Duisburg.
- Schubert, Gunter. 1997. „Was ist Neokonservatismus? Notizen zum politischen Denken in der VR China in den 90er Jahren.“ *Asien*, Nr. 65 (1997), 57–74.
- Schwartz, Benjamin. 1964. *In Search of Wealth and Power: Yen Fu and the West*. Cambridge: Harvard University Press.
- Schwartz, Benjamin. 1972/1996. *The Limits of „Tradition Versus Modernity‘: The Case of the Chinese Intellectuals*. In: *China and Other Matters*, Hg. Benjamin Schwartz, Cambridge: Harvard University Press, 45–64.
- Shi Zhong [Wang Xiaodong]. 1996. „Chinesischer Nationalismus in den Augen der Westler.“ (Xifangren yanzhong de Zhongguo minzu zhuyi). *Zhanlüe yu guanli (Strategie und Management)*, Nr. 1 (1996), 20–26.
- Shih, Chih-Yu. 1999. *Collective Democracy. Political and legal reform in China*. Hongkong: The Chinese University Press.
- Song, Xueming. 1998. *Der chinesische Wirtschaftsraum als Faktor in der Weltwirtschaft*. In: *Länderbericht China*, Hg. Herrmann-Pillath Lackner. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 302–324.
- Wop-Lap Lam, Willy. 2000. „New Purge of errant publishers“. *South China Morning Post*, 17.7.2000.
- Xu, Youyu. 2000. *Liberalismus, Frankfurter Schule und anderes (Ziyou zhuyi, Falankefu xuepai jiqita)*. In: *Standpunkte chinesischer Intellektueller (Zhongguo zhishi fenzi lichang)*, Hg. Li Shitao, Beijing: Wenyi chubanshe, 181–183.

Zeitungen

- Far Eastern Economic Review
 Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung für Politik, Kultur und Literatur
 South China Morning Post
 taz – Berliner Tageszeitung
 Washington Post Foreign Service

Nora Sausmikat, Universität Duisburg, FB1 – Political Sciences/
 East Asian Studies, Geibelstr. 41, D-47048 Duisburg
 e-mail: sausmikat@uni-duisburg.de